

Karger Boden für die Idee der Freiheit

Primat der Politik steht der ökonomischen Vernunft entgegen

Die Idee der Freiheit hat es schwer. In Zeiten der Finanzkrise ist die Versuchung der Politik, bewährte ökonomische Grundsätze ausser Kraft zu setzen, besonders gross. Das wurde an den diesjährigen Hayek-Tagen der Universität Münster deutlich.

Michael Wohlgemuth

Die Idee der Freiheit scheint nicht in bester Verfassung zu sein, zumindest was ihre Popularität und politische Durchsetzung betrifft. Dieser Befund ist nicht neu. Friedrich A. von Hayek meinte schon vor 50 Jahren, dass dies auch daran liegen dürfte, dass sich die Verteidiger der Freiheit über den Inhalt ihres Ideals nicht mehr im Klaren seien. Deshalb verfasste der Ökonom Hayek ein gewaltiges sozial- und rechtsphilosophisches Werk: «Die Verfassung der Freiheit». Seitdem haben klassische Liberale ein Standardwerk, auf das sie sich beziehen können. Dies galt auch für die Teilnehmer der diesjährigen Hayek-Tage an der Universität Münster.

Willensfreiheit

Die Friedrich-A.-von-Hayek-Gesellschaft verlieh abermals zwei Hayek-Medaillen für wissenschaftliche bzw. praktische Leistungen der Weiterentwicklung und Umsetzung hayekianischer Ideen. Ausgezeichnet wurden Viktor J. Vanberg, Direktor des Freiburger Walter-Eucken-Instituts, und Hernando de Soto, Ökonom, Wirtschafts-

und Politikberater aus Peru. Vanbergs Leistung liegt vor allem darin, dass er den evolutiven Ansatz Hayeks mit dem Sozialvertragsdenken von James Buchanan verbindet, um so dem ordoliberalen Programm der «Freiburger Schule» moderne Grundlagen zu geben. De Sotos entwicklungspolitische Arbeiten und Projekte haben längst über Südamerika hinaus für Aufsehen gesorgt.

Vanberg stellte sich in seiner Hayek-Vorlesung einem überaus schwerwiegenden Thema: der Willensfreiheit. Diese wird vermehrt seitens der Neurowissenschaft in Frage gestellt, die menschliches Handeln als determiniert versteht. Damit scheint das Prinzip der persönlichen Verantwortung, für Hayek die «wesentliche Voraussetzung einer freien Gesellschaft», empirisch widerlegt. Vanberg hält dagegen, dass naturwissenschaftliche Hypothesen dieser Art einer Ordnungsethik letztlich nichts anhaben können. Er führt eine kategorische Unterscheidung ein, mit deren Hilfe die Sprach- und Denkverwirrung überwunden werden kann: Vanberg trennt das Problem der Verhaltensklärung von dem der Ordnungsgestaltung.

Wolle man rückblickend menschliches Verhalten erklären, sei es in der Tat sinnvoll, dieses als durch genetische Ausstattung und die gesamte Erfahrungsgeschichte eines Individuums determiniert anzunehmen. Das schliesse aber eine bewusste Ordnungsgestaltung keineswegs aus. Mit Hilfe von Regeln könne und solle künftiges soziales Verhalten vorausblickend gesteuert werden, also durch Lohn und Strafe, Anerkennung und Missbilligung dahin ge-

bracht werden, dass es einem gedeihlichen Zusammenleben zuträglich sei.

Unterspülte Fundamente

Um das Problem der Ordnungsgestaltung geht es auch Hernando de Soto. Sein Thema ist vor allem die Nutzarmachung unternehmerischer Potenziale der unteren Schichten. Dieses Kapital der Armen wird meist nur in der Schattenwirtschaft genutzt. Überregulierung, Korruption und vor allem fehlende oder unsichere Eigentumsrechte verhindern in Entwicklungsländern, dass die spontane Ordnung aus dem Schatten ins Licht einer funktionsfähigen offiziellen Marktordnung führt. In seinem Vortrag übertrug de Soto diese Theorie auf die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise. Gerade auch im Derivategeschäft und bei amerikanischen Banken herrschten Verhältnisse wie in Entwicklungsländern: Es sei völlig unklar, wem welche Papiere gehörten und wer wem was schulde. Wo aber Rechtsbeziehungen unklar definiert und nicht dokumentiert seien, fehlten Transparenz, Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit – die eigentlichen Fundamente für funktionierende Kapitalmärkte, für wohlstandsschaffende Arbeits- und Wissensteilung.

Die gegenwärtigen Krisen, von der amerikanischen Immobilienkrise bis zur europäischen Schuldenkrise, standen auch im Fokus einer lebhaften Diskussion über die Notwendigkeit einer Regulierung der Finanzmärkte. Im Prinzip war man sich auch hier einig, dass der von Vanberg und de Soto begründete Dreiklang Freiheit, Verantwortung und

Transparenz auch und gerade auf den Finanzmärkten, in der Geld- und Fiskalpolitik gelten müsse. Wie dieser aber herzustellen sei, war durchaus umstritten. Allgemein wurde die allzu laxe Geldpolitik in den USA, aber auch seitens der EZB als wesentliche Krisenursache ausgemacht. Klaus-Werner Schatz (Kiel) empfahl die «monetaristische» Regel der Steuerung der Geldmenge nach der Entwicklung des realen Produktionspotenzials. Der Volkswirtschaftler Thorsten Polleit forderte dagegen, das Übel an seiner Wurzel anzupacken – am Staatsgeldsystem und an der Bankkreditschöpfung als «Fremdkörpern» in einer marktwirtschaftlichen Ordnung und als unvermeidliche Ursachen von Investitionsblasen. Als Konsequenz bliebe dann nur die radikale Forderung Hayeks, das staatliche Notenbankmonopol aufzubrechen und stabiles Geld im Wettbewerb privat haftender Emittenten zu finden.

Votum für allgemeine Regeln

Hinsichtlich der Regulierung der Finanzmärkte war man sich weitgehend einig, dass allgemeine Regeln anzustreben seien und nicht allmächtige Interventionsinstanzen. Zweckgesellschaften und Eigenhandel der Banken sollten generell verboten oder geregelt, strengere und möglichst antizyklisch variierende Eigenkapitalpuffer verbindlich gemacht werden, sagte der Vertreter der Deutschen Bundesbank, Karlheinz Walch. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler kommentierte die laufenden G-20-Verhandlungen über eine globale und umfassende Fi-

nanzmarktregulierung deutlich skeptischer. International harmonisierte Problemlösungsversuche schafften eigene Systemrisiken des globalen Regulierungsversagens. Besser wären oft nationale Regulierungen, die sich im Wettbewerb mit anderen bewährten oder als Irrtümer weniger Schaden verursachten und schneller zu korrigieren wären.

Schiefe politische Logik

Sehr grundsätzlich beschrieb der Tübinger Ökonom Joachim Starbatty die verhängnisvolle Versuchung, mit politischer Macht ökonomische Gesetzmässigkeiten ausser Kraft setzen zu wollen. Der Primat der Politik gegenüber ökonomischer Vernunft sei besonders anhand der Einführung des Euro (willkürliche Auslegung der Konvergenzkriterien) und der politischen Aufweichung der Stabilitätskriterien deutlich geworden. Auch in der Griechenland-Krise herrsche die politische Logik der selbstgeschaffenen «Alternativlosigkeit». Anstatt die ökonomische Lösung überhaupt in Betracht zu ziehen (ein Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro-Raum, geordnete Umschuldung), greife man zum politischen Mittel der Kredite und Sparprogramme, die nicht funktionieren könnten. Dieselben Politiker, die Verantwortung und Transparenz von den Banken forderten, wollten sich selbst dieser Disziplin nicht unterwerfen. Das ist in der Tat vielleicht die entscheidende Bedrohung der Freiheit.

Dr. **Michael Wohlgemuth** ist geschäftsführender Forschungsreferent am Walter-Eucken-Institut in Freiburg i. Br.